

BÜRGER FÜR BEETHOVEN
Kurfürstenallee 2-3, 53177 Bonn
0151 – 172 85 465
Medienmitteilung 19/2025
12. Dezember 2025

Lob für Kulturprogramm des neuen Ratsbündnisses

Bürger für Beethoven begrüßen Kooperationsvereinbarung von CDU, SPD und FDP

Die Bürger für Beethoven begrüßen als mit 1.700 Mitgliedern größter Bonner Kulturverein das Kulturkapitel in der gestern vorgestellten Kooperationsvereinbarung von CDU, SPD und FDP für den Bonner Stadtrat. Dort heißt es einleitend: „Wir wollen die „Marke“ Beethoven fördern und den Zusammenhang von Bonn und Beethoven noch stärker sichtbar machen.“ Der Vorsitzende des Beethoven-Vereins Stephan Eisel sagte dazu: „Wir fordern schon lange, dass die Bonner Kommunalpolitik mehr für das Bonner Alleinstellungsmerkmals Beethoven tut. Das ist nicht nur eine kulturpolitische Verpflichtung, sondern auch eine einmalige Chance im Städtewettbewerb.“

Wie Eisel mittelte, begrüßt der Vorstand der Bürger für Beethoven einhellig, dass im Kulturprogramm von CDU, SPD und FDP dem Beethovenfest und dem Beethovenhaus ausdrücklich eine „zentrale Rolle“ zugesprochen wird. Ebenso wichtig und richtig sei die Festlegung: „Das Beethovenorchester als A-Orchester wollen wir dauerhaft stärken und finanzielle Planungssicherheit bieten.“ Dass Schauspiel, Orchester und die Bonner Oper in dem Papier der Ratsparteien als „wichtige, unverzichtbare Standbeine unseres Kulturstandortes“ bezeichnet werden, sei ein gutes Zeichen für die Zukunft der Bonner Kulturpolitik. Das gelte auch für das Vorhaben, die freie Szene zu stärken.

Die in dem Papier formulierte Absicht, „die kritischen Bauzustände bei den Liegenschaften des Theaters zu beenden“ hätte man nach Eiseis Meinung konkreter ausführen können: „Hier geht es um die Frage, ob das Operngebäude sanierungsfähig ist oder doch ein Neubau - dann aber als breiter aufgestelltes Haus der Musik - sinnvoll ist.“ Man dürfe dabei die Fehler der Beethovenhalle nicht wiederholen: „Zwingende Voraussetzung für eine solide Entscheidung ist ein baufachliches Gutachten mit einem transparenten Kostenvergleich der Alternativen.“

Zur anstehenden Haushaltkonsolidierung wies Eisel darauf hin, dass lediglich ca. fünf Prozent des städtischen Haushalts auf Kulturausgaben entfallen: „Natürlich muss auch der Kulturbereich zur notwendigen Haushaltkonsolidierung beitragen, aber wir sind gegen ein „Sonderopfer Kultur“. Notwendige Kürzungen müssten alle Bereiche in gleichem Umfang betreffen und wenn die Stadt Sparziele vorgebe, solle sie es den Kulturinstitutionen überlassen, wie dieses Ziel erreicht werde. „Wir brauchen keine Mikrosteuierung durch das Kulturamt, sondern hier sollte das Subsidiaritätsprinzip gelten.“

Bei den Verhandlungen über eine Zusatzvereinbarung zum Berlin-Bonn-Vertrag wünscht sich der Beethoven-Verein eine Initiative zur besseren nationalen Verankerung des Beethovenfestes. Dafür sei wichtig, dass Bund und Land als Gesellschafter in Internationale Beethovenfeste Bonn gGmbH einsteigen: „Das Land hat dies bei einer Beteiligung des Bundes schon zugesagt, aber in Berlin muss dieser Schritt noch getan werden.“ Daran sollte das künftige Bündnis aus CDU, SPD und FDP und der neue Oberbürgermeister mit Nachdruck arbeiten.